

# bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTO: JÖRG SARBACH

## DAS GEMEINWOHL STÄRKEN – BREMENS SELBSTSTÄNDIGKEIT SICHERN!

Die Bremer SPD unterstützt das lokale Bündnis *Um-FAIR-teilen – Reichtum besteuern*, das als Teil der bundesweiten Initiative eine angemessene Heranziehung von Vermögenden zur Finanzierung des Gemeinwohls fordert.

**S**tarke Schultern müssen mehr tragen als schwache Schultern – das ist die Grundvoraussetzung für eine solidarische Gesellschaft. „Das Bündnis *Um-FAIR-teilen*, das maßgeblich von den Gewerkschaften und Sozialverbänden getragen wird, steht für diese solidarische Gesellschaft – deshalb macht die SPD selbstverständlich mit“, sagt der Landesvorsitzende Andreas Bovenschulte und fordert eine Veränderung des Verhältnisses von privatem Reichtum zu öffentlicher Armut: „Das gesamte Privatvermögen in Deutschland beläuft sich auf über acht Billionen Euro, dem gegenüber steht eine Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Höhe von insgesamt über zwei Billionen Euro.“ In Bremen wird der Gegensatz besonders deutlich: So hat sich die Zahl der Einkommensmillionäre von 2004 bis 2007 mehr als verdoppelt und Bremen liegt auf Platz zwei der Städte mit der höchsten „Millionärsdichte“.

„Das Thema ‚gerechte Steuern‘ wird eine wichtige Rolle bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr spielen. Der Bundesparteitag hat bereits im vergangenen Jahr – mit intensiver Mitwirkung der Bremer SPD – ein Steuerkonzept beschlossen, das neben einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer und der Erhöhung des Spitzensteuersatzes unter anderem auch eine Reform der Erbschaftssteuer und der Besteuerung von Kapitaleinkünften vorsieht“, erklärt Andreas Bovenschulte.

Für den Stadtstaat Bremen würde sich die Haushaltssituation durch eine gerechte Steuerpolitik deutlich verbessern. Nach Berechnungen der Arbeitnehmerkammer Bremen und der Forschungsstelle Finanzpolitik an der Universität Bremen würde eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes für Bremen jährliche Mehreinnahmen in Höhe von ca. 60 Millionen Euro bedeuten. Die Einführung einer Vermögenssteuer von

0,5 Prozent würde demnach mit jährlich knapp 90 Millionen Euro zu Buche schlagen. In der Summe hätte Bremen also alleine durch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die Einführung einer moderaten Vermögensbesteuerung Mehreinnahmen von ca. 150 Millionen Euro jährlich zur Verfügung.

Andreas Bovenschulte betrachtet eine gerechtere Steuerpolitik als zwingende Notwendigkeit: „Sie ist Grundlage dafür, dass Bund und Länder durch höhere Einnahmen überhaupt erst wieder finanzielle Handlungsspielräume haben. Für Bremen ist aber auch noch eine andere Verteilungsfrage von existentieller Bedeutung: Bund und Länder müssen unbedingt eine Regelung für einen Altschuldenfonds finden. Nur mit der Entlastung von den erdrückenden jährlichen Zinslasten können Bremen und Bremerhaven wieder in die Lage versetzt werden, das Gemeinwohl zu sichern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.“ ■

**Foto oben:** Der Bundestagsabgeordnete Carsten Sieling und die stellvertretende Landesvorsitzende Sarah Ryglewski beim „Umfairteilungs-Monopoly“ auf dem Bremer Marktplatz. Im Rahmen des bundesweiten Aktionstages am 29. September beteiligten sich auch in Bremen viele soziale Verbände und Gewerkschaften aus dem Bündnis *Um-FAIR-teilen*. Das „Umfairteilungs-Monopoly“ war der gemeinsame Beitrag der Bremer Jusos und des AWO-Jugendwerks.

# DER BEITRAG DER STEUERPOLITIK ZUR HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG – MÖGLICHKEITEN, NOTWENDIGKEITEN UND GRENZEN

Von Prof. Dr. André W. Heinemann



Prof. Dr. André W. Heinemann ist seit 2007 Juniorprofessor für bundesstaatliche und regionale Finanzbeziehungen an der Universität Bremen und leitet die Forschungsstelle Finanzpolitik. Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre in Essen war er zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bremen tätig, an der er 2003 promovierte. Neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit war André W. Heinemann von 2007 bis 2009 Landesvorsitzender der Bremer Grünen.

## NEUE KOLLEGIN



Seit dem 15. September ist das Bremerhavener Büro der SPD mit Katharina Rosenbaum besetzt. Die gelernte Journalistin folgt damit Andrea Toense nach, die im Sommer in die Magistratsverwaltung Bremerhaven gewechselt ist. An der Erreichbarkeit des Bremerhavener Büros hat sich nichts geändert. Die Öffnungszeiten des Büros sind Montag 9 bis 13 Uhr und 14 bis 17 Uhr, Mittwoch 14 bis 17 Uhr und Freitag 9 bis 12 Uhr. Telefonisch erreichbar ist das Bremerhavener Büro unter 0471/4 50 82 oder per E-Mail an Katharina.Rosenbaum@spd.de

Die moderne Gesellschaft ist eine offene Bürgergesellschaft. Im modernen Staat erwächst der Steuerpolitik als wesentlicher Teil eines fortwährenden Prozesses, bei dem es darum geht, eine gesellschaftlich akzeptierte Übereinstimmung von Ausgabe- und den Kosten politisch zu bestimmender Aufgaben und Begehrlichkeiten unter Berücksichtigung der letztlich als gerecht empfundenen Kostenverteilung andererseits zu finden, eine besondere Herausforderung und Verantwortung. Eine Steigerung der Komplexität resultiert aus dem Mehrebenensystem, welches durch sowohl dezentrale Entscheidungsstrukturen als auch durch Koordination und Kooperation von Entscheidungsträgern im öffentlichen Sektor gekennzeichnet ist. Für die bundesstaatliche Steuerpolitik in Deutschland mit den drei Ebenen Bund, Länder und Gemeinden sowie den vielfältigen Beziehungen zwischen und innerhalb der Ebenen gibt es daher eine Vielzahl an Herausforderungen, die anzugehen sind.

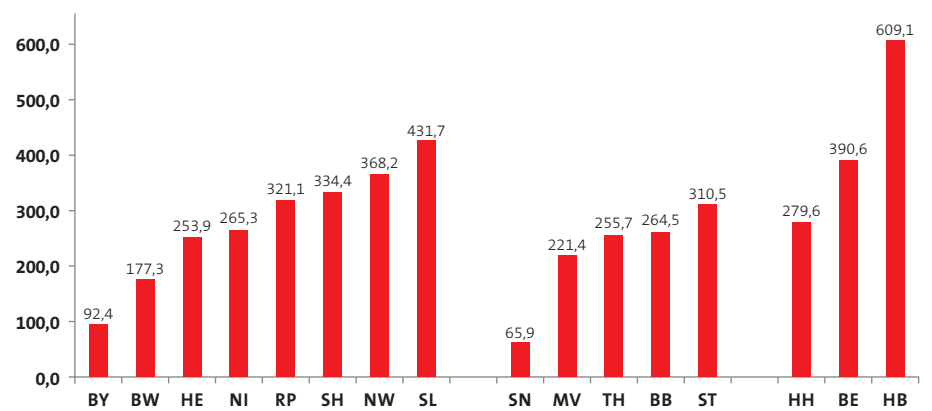
Bundesstaatliche Steuerpolitik in Deutschland hat mehrere Aspekte zu berücksichtigen:

- Aufrechterhaltung der gesellschaftlich gewünschten Balance zwischen Möglichkeiten privater Entscheidungen der Bürger und Möglichkeiten kollektiver (budgetwirksamer) Entscheidungen.
- Angemessene Finanzierung der Ausgaben des öffentlichen Sektors zur Erfüllung der ihm zugewiesenen Aufgaben.
- Gewährleistung einer eigenständigen, d.h. dezentralen Abstimmung zwischen Ausgaben und Einnahmen in den Ländern und Gemeinden.

Steuerpolitik hat diesbezüglich auch den gesellschaftlich zu bestimmenden Gerechtigkeitsgedanken zu berücksichtigen. Angesichts der in den vergangenen Jahren gestiegenen Vermögensungleichverteilung haben sich die Möglichkeiten privater Entscheidungen der Bürger deutlich auseinander entwickelt. Vermögende erhalten auch durch steuerpolitische Maßnahmen wie der deutlich abgesenkten Zinsertragsbesteuerung zusätzliche Entscheidungsspielräume. Eine Korrektur über die Steuerpolitik kann daher begründet werden.

Eine Korrektur der bisherigen Steuerpolitik ist zusätzlich geboten, wenn berücksichtigt wird, dass neben der inter-

## Verschuldung der Bundesländer in Prozent der Steuerausstattung nach Verteilung



Quelle: Statistisches Bundesamt; Eigene Berechnung; Eigene Darstellung.

© Forschungsstelle Finanzpolitik

personellen Umverteilung auch die öffentlichen Haushalte ein Stück weit durch das Vorhalten von bürgernahen Leistungen wie Hochschulen, Schulen, Kindergärten, Schwimmbädern etc. zur Umverteilung beitragen, wenn Nicht-Vermögende und Bezieher geringer Einkommen ein umfangreiches öffentliches Angebot an sinnvollen Leistungen nutzen können. Die Bedingungen im öffentlichen Sektor für ein bürgernahes, öffentliches Leistungsangebot sind jedoch durch die im Durchschnitt hohe und darüber hinaus ungleich verteilte Schuldenlast der Länder und Kommunen nicht überall gleichmäßig erfüllt. Wird beispielsweise die Steuerausstattung der Länder und Gemeinden nach Finanzausgleich genommen, aus der letztlich die öffentlichen Ausgaben zu finanzieren sind, und diese den jeweiligen Schuldenständen gegenüber gestellt, so ergibt sich eine Bandbreite von 67 % in Sachsen und 610 % in Bremen. Der geringe Schuldenstand in Sachsen beträgt also 67 % der Steuerausstattung von Landes- und Gemeindeebene, während in Bremen der Schuldenstand das 6-fache der Steuerausstattung ausmacht. Angesichts der daraus resultierenden höchst unterschiedlichen Zinsbelastungen ist auch hier eine Korrektur anzuraten.

Eine verantwortungsvolle Steuerpolitik in Deutschland hat momentan drei zentrale Anliegen zu erfüllen:

- Die gestiegenen Ungleichheiten bei der Vermögensverteilung sind wieder auf ein gesellschaftlich akzeptiertes Maß zu reduzieren. Die Bürger müssen das Gefühl haben, es geht „gerecht“ zu. Sie müssen das Gefühl haben, dass jeder gute Möglichkeiten hat, sich selbst zu verwirklichen.

■ Der öffentliche Gesamthaushalt ist angesichts der Zukunftsaufgaben (Zukunftssicherung des Wirtschafts- und Innovationsstandortes, Lösungen für die Folgen des demographischen Wandels, Begegnung der Folgen des Klimawandels) angemessen mit Finanzmitteln auszustatten.

■ Jeder einzelne öffentliche Haushalt (insbesondere die Länder- und Gemeindehaushalte) ist zu aktivieren. Es müssen durch eine geeignete Steuerpolitik wieder Handlungsräume geschaffen werden.

Was bleibt zu tun? Die Besteuerung von Leistungsfähigen in dieser Gesellschaft darf nicht als Last kommuniziert werden, sondern als Auftrag an all diejenigen, denen einerseits Fleiß aber andererseits auch bestimmte Umstände, wie sie nur ein so hoch entwickelter Standort wie Deutschland hervorbringen kann, sehr viele Möglichkeiten beschert haben, jetzt die gesellschaftlichen Aufgaben in besonderem Maße mitzufinanzieren. Politik muss erklären, wofür Steuern erhoben werden. Ein sicherlich überlegenswerter Ansatz ist, die Steuerpolitik auch in den Dienst einer zukunftsgerichteten Tilgungspolitik zu stellen. Die Lösung der Altschuldenproblematik mit steuerpolitischen Instrumenten, die bereits im Grundgesetz enthalten sind (Vermögensabgabe, Zuschlagsteuer in Form eines „Tilgungs-Solis“), kann ein Weg sein, Akzeptanz für höhere (vermögensabhängige) Steuern zu erzeugen und gleichzeitig die Möglichkeiten der Länder- und Gemeindehaushalte wieder etwas gleichmäßiger zu verteilen. Steuern sind keine Last, sondern der Preis gerade für die nicht klar und eindeutig messbaren Nutzen, die aus einem funktionierenden Gemeinwesen von jedem Bürger gezogen werden. ■

# Keine Privatisierung ohne Volksentscheid!

Initiative der SPD-Fraktion: Bremerinnen und Bremer sollen möglichen Verkäufen zustimmen müssen

**M**al eben das Tafelsilber verkaufen, um kurzfristig Geld in die Haushaltskasse zu spülen? Das soll künftig nicht mehr möglich sein, ohne die eigentlichen Eigentümer nach ihrer Meinung zu fragen. Auf Initiative der SPD soll in Bremen bundesweit erstmalig eine Privatisierungsschranke für öffentliche Unternehmen der Daseinsfürsorge in die Landesverfassung aufgenommen werden.

**Z**iel dabei: „Wir wollen erreichen, dass in Bremen künftig keine Privatisierungen von Unternehmen wie der GEWOBA oder der BSAG mehr möglich sind, ohne dass die Bremerinnen und Bremer darüber selbst entschieden haben. Solche Unternehmen dienen dem Gemeinwohl der Stadt und dürfen nicht privaten Gewinninteressen ausgeliefert werden“, betont der SPD-Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe.

**D**ie Politik, räumt Tschöpe ein, habe lange gebraucht, um aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen: „Wenn man heute vor der Entscheidung stünde die Stadtwerke zu privatisieren, würde sie anders aussehen als Ende der 90er Jahre. Im Gegenteil: Landauf landab wird heute bundesweit über das Thema Rekommunalisierung nachgedacht.“ Mit

dem Bremer Vorstoß gehe es daher jetzt darum „unsere öffentlichen Unternehmen vor kurzfristigen Veräußerungsangriffen, wie sie etwa die CDU immer wieder betreibt, zu schützen“.

**D**enn in den Zeiten, als die Privatisierungswelle durch die ganze Bundesrepublik schwappte, sei zugunsten kurzfristiger Erlöse allzu oft vergessen worden, welche Rolle derartige Betriebe, im Gesellschaftsgefüge spielen. „Öffentliche Unternehmen sind in unserer Demokratie ein ganz entscheidendes Instrument zur politischen Gestaltung des Gemeinwesens. Ihr Verkauf ist ein folgenreicher Eingriff, dessen Auswirkungen weit über die Dauer einer Legislaturperiode hinausreichen“, begründet der Fraktionsvorsitzende das Vorhaben, künftig die Bremerinnen und Bremer selbst über derartige Veräußerungen entscheiden zu lassen.



le Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen zugänglich sind. Es ist deshalb nur folgerichtig, dass die Bremerinnen und Bremer als eigentliche Eigentümer ihrer Unternehmen auch die Möglichkeit haben, über derart grundlegende Entscheidungen wie einen Verkauf abzustimmen“, so Tschöpe weiter.

**I**n der Juli-Sitzung der Bürgerschaft wurde die entsprechende Änderung der Landesverfassung diskutiert und in erster Lesung verabschiedet. Nach einer Anhörung im Dezember werden dann die nächsten Schritte gegangen, um die für die Verfassungsänderung notwendigen beiden weiteren Lesungen auf den Weg zu bringen.

**N**ach Inkrafttreten der neuen Verfassungsbestimmung wäre Bremen dann das erste Bundesland, dass mit einer derartigen Privatisierungsbremse vor schnelle Verkäufe öffentlichen Eigentums deutlich erschwert. Denn die Bremerinnen und Bremer selbst, da ist sich Björn Tschöpe sicher, „wissen sehr wohl – und oft besser als manche auf kurzfristige Verbesserung der städtischen Einnahmen bedachte Politiker – was sie an ihren öffentlichen Unternehmen haben.“ (MK) ■

# „DIE FRAUENQUOTE IST EIN SIGNAL“

Sechs Fragen an Verena Behrens

**Du bist seit eineinhalb Jahren Landesvorsitzende der ASF. Was macht die Arbeit in dieser Funktion spannend?**

Seit diesem Frühjahr haben wir wieder eine aktive ASF im Unterbezirk Bremen-Stadt und auch die Landes-ASF hat sich personell vergrößert und verjüngt. Die Frauen bringen ganz individuelle Erfahrungen mit und haben begriffen, dass individuelle Lösungen für typische Probleme nicht ausreichen. Für die gesellschaftliche Gleichstellung aller Frauen braucht es die gemeinschaftliche Anstrengung zur Schaffung anderer Rahmenbedingungen. Die besondere Herausforderung dabei ist, die anspruchsvollen Ziele mit den zeitlichen Ressourcen abzustimmen.

**Am 29. November findet das 38. Schafferrinnenmahl statt, das es seit 1975 gibt. Welchen Stellenwert hat diese Veranstaltung für die ASF?**

Eine für die ASF außerordentlich wichtige Institution. Sie beweist, dass politische Arbeit freiwillig, zuverlässig und dauerhaft geleistet wird, wenn sie öffentlich sichtbar und gewürdigt wird. Das Schafferrinnenmahl hat sich in weniger als 40 Jahren zu einer guten Tradition entwickelt. Das Organisationsmodell ist beispielhaft für erfolgreiche Beteiligung: Die Statuten stellen sicher, dass die verantwortlichen Schafferrinnen jährlich wechseln und dabei von den erfahrenen Schafferrinnen unterstützt werden. Alle beteiligten Frauen fühlen sich für das Gelingen des Schafferrinnenmahls verantwortlich. Jede interessierte Frau kann dabei sein und nach kurzer Zeit eine verantwortliche Rolle im Arbeitskreis übernehmen.

**Was muss aus Sicht der ASF geschehen, damit sich mehr Frauen in der SPD engagieren und sich für Kandidaturen zur Verfügung stellen?**

Wünschenswert ist die Entstehung weiterer Institutionen, in denen Frauen sich profilieren und bewähren können. Mindestens ebenso wichtig ist, dass die ASF das Image „Abstellgleis“ abstreift und zu einer Institution wird, die gehört und respektiert wird.

**Auf Initiative der SPD hat der Bundesrat gerade einer Frauenquote für die Besetzung von Aufsichtsräten zugestimmt – mit Stimmen aus CDU-regierten Ländern. Ist das Thema Gleichstellung jetzt überall angekommen?**



Verena Behrens, ASF-Landesvorsitzende

Überall angekommen? Eindeutig NEIN! Zur aktuellen Situation: Die Frauenquote für Aufsichtsräte löst das Problem nicht und ist nur für wenige Frauen unmittelbar relevant. Aber es ist ein Signal. Mit mehr Frauen in Führungspositionen steigen die Chancen, dass sich Firmen- und Behördenpolitik verstärkt an den Bedürfnissen von Arbeitnehmerinnen orientiert.

**Euer Ziel ist die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Partei und Gesellschaft. Was tut die ASF konkret, um dieses Ziel zu erreichen?**

Die Probleme sind bekannt und an Lösungsansätzen fehlt es auch nicht. Aber wenn Frauen nicht nur ein größeres Stück vom Kuchen, sondern die halbe Bäckerei wollen, dann müssen die Bäcker ihre Ansprüche reduzieren und sich von Privilegien verabschieden. Wir werden also auch weiterhin den Finger in uralte Wunden legen und Veränderungen einfordern. Hier in Bremen beginnen wir damit, *Starke Frauen* ins Rampenlicht zu bringen. Wir berichten von den historischen Forderungen des 19. und 20. Jahrhunderts nach gesellschaftlicher Teilhabe bis ins 21. Jahrhundert – von den großen Durchbrüchen der Vergangenheit bis zu den Mühen um kontinuierliche Verbesserungen in der Gegenwart.

**Was tut die ASF, um auch außerhalb der SPD Frauen anzusprechen und zu gewinnen?**

Mit öffentlichen Veranstaltungen, die auf Frauen-Interessen zugeschnitten und nicht auf Partei-Perspektive verengt sind, werden wir zukünftig vermehrt auch mehr Frauen außerhalb der SPD erreichen. ■

## STARKE FRAUEN

Radikal sozial und demokratisch – ein Dialog mit 150 Jahren Bremer Geschichte

Von Verena Behrens

Die ASF im Land Bremen will mit einer Veranstaltungsreihe an die mutigen und hartnäckigen Bremerinnen erinnern, die im 19. und 20. Jahrhundert wagten, „Unerhörtes“ zu fordern: Bildung, die mehr umfasst als Hauswirtschaft und Kinderpflege, Zugang zu existenzsichernder Berufstätigkeit und volle staatsbürgerliche Rechte.

Mit dem Blick zurück wollen wir aufzeigen, wie viel erreicht wurde, was unerfüllt geblieben ist und welche Konsequenzen sich daraus für die heutige Frauengeneration ergeben.

Die Auftaktveranstaltung am 14. Oktober 2012 widmen wir der erfolgreichsten Frau in der Bremer Politik seit 1945, der Senatorin und Bürgermeisterin Annemarie Mevissen. Sie hat während ihrer Laufbahn hohes Ansehen in Bremen und außerhalb der Landesgrenzen erworben und stellte dennoch nach ihrem Abschied aus den öffentlichen Ämtern fest: „Wenn eine Frau glaubt, sie wäre gleichberechtigt, so irrt sie sich.“

Annemarie Mevissen war sich bewusst, dass trotz gesetzlicher Gleichberechtigung die gesellschaftliche Gleichstellung nicht vom Himmel fällt. Der historische Kampf um das aktive und passive Frauenwahlrecht setzt sich heute in der Auseinandersetzung um Quoten und Frauenförderung einerseits, in der Forderung nach Kindertagesstätten und -krippen andererseits fort. Die Bremer ASF nimmt den Appell der Senatorin und Bürgermeisterin Mevissen auf: „Mehr Frauen in öffentliche Ämter! Mehr Mut!“ ■

**Einladung der ASF zum Frühstück und zur Lesung mit Renate Meyer-Braun „Der einzige Mann im Senat oder: Annemarie Mevissen und die Frauenfrage“**

**SO., 14. OKTOBER 2012, 10:00 UHR**  
Café Ambiente, Osterdeich 69a, 28205 Bremen

**Zum Frühstück lädt die SPD ein, Getränke gibt es auf eigene Kosten. Aus Platzgründen ist die Zahl der Teilnehmerinnen/Teilnehmer begrenzt. Wir bitten deshalb um verbindliche Anmeldung.**

E-Mail: [info-bremen@spd.de](mailto:info-bremen@spd.de)  
Telefon: 0421/3 50 18-0

**34. SPORTFORUM:**

**Prävention stärken**  
Alkohol-Werbeverbot im Sport und im sportlichen Umfeld!? Gesundheit versus Profit?

**DO., 18. OKTOBER 2012, 18:30 UHR,**  
KWADRAT, Wilhelm-Kaisenbrücke 4, 28199 Bremen

**Impulsreferate:**  
Dr. Martin Claßen,  
Chefarzt für Kinder- und Jugendmedizin am Klinikum Links der Weser

Sabine Bätzig-Lichtenhäger,  
MdB, ehem. Bundesdrogenbeauftragte

**Anschließend Diskussion mit:**  
Oliver Bartelt,  
Dr. Hans-Werner Bertelsen,  
Klaus Filbry,  
Petra Krümpfer,  
Ulrich Mäurer,  
Ingeborg Rosenkötter  
Peter Zenner

**Anmeldung unter:**  
[Info-bremen@spd.de](mailto:Info-bremen@spd.de)  
oder telefonisch unter:  
0421/3 50 18-0

**Ausführliche Informationen zu dieser Veranstaltung gibt es auf unserer Internetseite:**  
[www.spd-land-bremen.de](http://www.spd-land-bremen.de)  
>Termine

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
SPD-Landesorganisation  
Bremen  
Obernstraße 39–43  
28195 Bremen  
Tel.: 0421/3 50 18-0  
Fax: 0421/3 50 18-37  
[info-bremen@spd.de](mailto:info-bremen@spd.de)  
**Redaktion:**  
Roland Pahl (V.i.S.d.P.),  
Tim Cordßen.  
Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren verantwortet.  
Seite 3: SPD-Bürger-schaftsfraktion Bremen,  
André Städler (V.i.S.d.P.),  
Wachtstraße 27/29,  
28195 Bremen